

# Antrag auf Landeszuweisung (Projektförderung) für herausragende Denkmäler <sup>\*)</sup>

Bezirksregierung Arnsberg  
Seibertzstraße 1  
59821 Arnsberg

**Betr.:**

--

**Bezug:**

--

1. Antragstellerin/Antragsteller	
Name / Bezeichnung	
Anschrift:	Straße / PLZ / Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name
	Telefon-Nr.
Gemeindekennziffer:	<b>05970040</b>
Bankverbindung:	Konto-Nr.
	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts
Landesplanerische Kennzeichnung:	
2. Maßnahme	
Bezeichnung/angesprochener Zwendungsbereich:	
Durchführungszeitraum:	von / bis

<sup>\*)</sup> siehe Ausfüllanleitung

<b>3. Finanzierungsplan<sup>*)</sup></b>				
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
	20 in EUR	20 in EUR	20 und folg. in EUR	
1	2	3	4	
3.1 Gesamtkosten				
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
3.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.	
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	=	=	
3.5 beantragte Förderung (Nr. 4)				
3.6 bewilligte/beantragte öffent- liche Förderung (ohne 3.5) durch				
3.7 Eigenanteil				
<b>4. Beantragte Förderung</b>				
Zuwendungsbereich	Zuweisung in EUR	Darlehen in EUR	Schuldendienst- hilfen in EUR	v. H. von 3.4
1	2	3	4	5
Summe				

\*) siehe Ausfüllanleitung

## 5. Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

## 6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin / für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.

## 7. Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- 7.2 sie / er zum Vorsteuerabzug
- nicht berechtigt ist,
  - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)
- 7.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

**8. Anlagen (z. B. bei Zuwendungen für Baumaßnahmen)<sup>\*)</sup>**

- » Bau- und/oder Raumprogramm
- » Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan
- » Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme und Ausführungsart sowie der Beschaffenheit des Baugrundes
- » Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonst erforderlichen Genehmigungen, die - soweit bereits vorhanden - beizufügen sind
- » Kostenberechnungen, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276, Flächenberechnungen und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277 oder Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283
- » Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- » Bauzeitplan
- » Vergleichsberechnungen für Anschaffungs- oder Herstellungskosten und in besonders begründeten Fällen eine Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung

---

Ort, Datum

---

Rechtsverbindliche Unterschrift

---

Name, Funktion

<sup>\*)</sup> siehe Ausfüllanleitung

**9. Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stelle**

9.1 Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht. Die baufachliche Stellungnahme wurde beigefügt.

9.2 Für die Durchführung der Baumaßnahme hat die Antragstellerin/  
der Antragsteller folgende Ausgaben geplant: \_\_\_\_\_ EUR

9.3 Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen  
erachtet: \_\_\_\_\_ EUR

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum\_\_\_\_\_  
Rechtsverbindliche Unterschrift

# Ausfüllanleitung

## "Antrag auf Landeszuweisung (Projektförderung) für herausragende Denkmäler"

---

### Vorbemerkung

Das Formular ist ein Grundmuster. Soweit zusätzliche Angaben aus förderspezifischen Gründen notwendig sind, ist das Muster zu ergänzen. Für spezielle Fördergebiete kann es abweichende Antragsvordrucke geben.

### 1. Gliederung des Antrages

1. Antragstellerin/Antragsteller
2. Maßnahme
3. Finanzierungsplan
4. Beantragte Förderung
5. Begründung
6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
7. Erklärungen
8. Anlagen
9. Prüfvermerk (baufachliche Prüfung)

### 2. Zum Antrag

#### Zu "Nr. 2 - Maßnahme"

Kurze, eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme. Umfang, Notwendigkeit usw. der Maßnahme sind unter "Nr. 5 - Begründung" zu erläutern.

#### Zu "Nr. 3 - Finanzierungsplan"

1. Angabe der Gesamtkosten der Maßnahme. Anzugeben sind alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden Kosten, unabhängig davon, ob die Beträge zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Die aufgegliederte Berechnung der Kosten ist in der dem Antrag beizufügenden Kostenberechnung darzustellen. Art und Umfang der Kostengliederung sind den förderungsspezifischen Bedürfnissen anzupassen.
2. Davon grundsätzlich zuwendungsfähig, also der Betrag, der alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden *Ausgaben* ausweist, soweit die Ausgaben tatsächlich zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Soweit die Antragstellerin/der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, ist dies bei der Ermittlung der Ausgaben zu berücksichtigen.
3. Abzuziehen sind Leistungen Dritter, die in Zusammenhang mit der Maßnahme stehen, also z. B. Entgelte, zweckgebundene Spenden etc.
4. Auf der Grundlage der so ermittelten zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wird die Höhe der Zuwendung ermittelt.
5. Zuwendung ist der Betrag, den das Land zu der Maßnahme beisteuern soll. Die Höhe des Betrages ist u.a. von der Interessenlage des Landes abhängig.
6. Hier sind bewilligte/beantragte öffentliche Förderungen von anderen Stellen des Landes und/oder jur. Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Bund) anzugeben. Diese erfordern ein Abstimmungsverfahren nach Nr. 1.4 VVG zu § 44 LHO.
7. Eigenanteil ist der Betrag, den die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger zur Finanzierung der Maßnahme beizutragen hat.

#### Zu "Nr. 8 - Anlagen"

Da im Antrag die in den einzelnen Förderbereichen erforderlichen Antragsunterlagen nicht erschöpfend aufgezählt werden können, sind die Angaben nur beispielhaft. Bei Hochbaumaßnahmen sind in dem Antrag in jedem Fall die in Nr. 6.6 VVG genannten Antragsunterlagen aufzunehmen.